

Heiner Flassbeck, Friederike Spieker, Volker Meinhardt, Dieter Vesper, Irrweg Grundeinkommen. Die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden, Frankfurt (Westend) 2012, 224 Seiten, 16,99, ISBN 978-3-86489-006-2

Das ethische Hauptargument des Buches besagt, dass es nicht angeht, dass Menschen sich vor der Übernahme von Verantwortung und Aufgaben drücken, deren Erledigung für ihr eigenes Leben und Wohlbefinden aber unerlässlich ist, weil sie diese so auf Dritte verschieben.

Dabei unterstellen die Autoren, dass ein bge genau dazu führen könnte. Tatsächlich würde in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen niemand gezwungen, eine bestimmte oder überhaupt irgendeine Arbeit zu tun. Der Zwang zu einer bestimmten Arbeit ist auch in unserem aktuellen Rechtssystem verboten, er ist national wie international als Zwangsarbeit geächtet. Hier würde ein bge also rechtlich gesehen nichts Neues bringen, faktisch allerdings doch, denn Hartz IV ist ein Instrument, mit dem tatsächlich für manche zwangsarbeitsähnliche Verhältnisse hergestellt werden. Dennoch gelingt es weder damit noch mit den finanziellen Anreizen, die in der Bezahlung für Erwerbsarbeit liegen, ausreichend Menschen dazu zu bewegen, dass sie unerlässliche, aber unbeliebte Arbeiten in ausreichendem Umfang übernehmen. Viele gesellschaftlich unverzichtbare Aufgaben werden vielmehr von Menschen gemacht, die dafür nicht bezahlt werden, und ohne dass sie einem Zwang ausgesetzt wären. Alle diese bisher weitgehend unsichtbar gemachten Formen der Produktivität würden durch ein bge anerkannt und gefördert.

Das politische Hauptargument des Buches besagt, dass eine Gesellschaft nicht funktioniert, die darauf angewiesen ist, dass Menschen die Freiheiten, die ihnen rechtlich zustehen, nicht aktiv nutzen, zumindest die meisten nicht. Was rechtlich erlaubt ist, so die Autoren, muss auch tatsächlich von allen getan werden können, ohne dass die Gesellschaft kollabiert.

Das ist sicher zutreffend für diejenigen Handlungen, von denen man realistischerweise annehmen kann, dass tatsächlich alle oder die meisten dazu neigen würden, sie zu tun, wenn sie erlaubt wären. Flassbeck et al. sind hier in doppelter Weise blind. Zum einen übersehen sie die durchaus vielfältigen und unterschiedlichen Motive, aus denen heraus Menschen Tätigkeiten übernehmen. Es spricht so wenig dafür, dass alle gleichzeitig Bäcker werden wollen (ein auch heute schon völlig legales Verhalten, bei dem die Gesellschaft kollabieren würde), wie dass alle gleichzeitig gar nicht mehr arbeiten wollten, nur weil sie ein relativ bescheidenes Grundeinkommen bekämen. Zum zweiten konstruieren die Autoren aber selbst ein politisches Modell, das nur funktioniert, wenn die in ihm liegenden Möglichkeiten nicht aktiv genutzt werden. Dieses Modell beruht ganz zentral auf dem Vorschlag, über eine andere Lohnpolitik gesamtgesellschaftliche und makroökonomische Steuerung zu betreiben. Die Autoren sagen wörtlich: „Das setzt allerdings voraus, dass Politik und Tarifpartner die Funktionsweise der Lohnpolitik verstehen und sie akzeptieren.“ (Seite 48) Nun ist es ja durchaus umstritten, ob nur Flassbeck et al. „die Funktionsweise der Lohnpolitik verstehen“, legal aber ist es auf jeden Fall, wenn „Politik und Tarifparteien“ sie nicht verstehen oder akzeptieren. Aber, so sagen die Autoren eben selbst, wenn die dieses legale Verhalten praktizieren, dann gelingt das ganze vorgeschlagene Modell nicht. Der zentrale Vorschlag des Buches erfüllt also selbst seine eigene wichtigste Bedingung nicht.

Das verteilungspolitische Hauptargument des Buches lautet, dass Geld im Umfang des Produktivitätswachstums als Arbeitseinkommen an die Beschäftigten fließen muss, damit die eine entsprechende Konsumnachfrage herstellen können, um so alle Produktionskapazitäten auszulasten und alle Produkte zu verkaufen.

Nicht zu kritisieren ist die Feststellung, dass eine angebotsbasierte Ökonomie nicht funktionieren kann. Die empirischen Belege dafür, wie sie das Buch auch vielfältig darlegt, sind umfassend. Aber der Vorschlag der Autoren läuft darauf hinaus, den kapitalistischen Wachstumszwang zu verewigen. Wenn alle möglichen Produktivitätsfortschritte realisiert und alle herstellbaren Produkte konsumiert werden sollen, dann verschärft sich der aktuelle Zustand noch einmal in einem unvorstellbaren Rahmen. Heute schon ist die Welt voll von Dingen, die niemand braucht, und das nur deshalb, weil

irgendwer das Zeug ja verkaufen will und muss, soll sein Unternehmen nicht pleitegehen. Schon zwei Prozent Wachstum würden die Produktion in 35 Jahren verdoppeln, bei drei Prozent dauert das nur 23 Jahre. Und dabei ist noch unberücksichtigt, dass es heute an die drei Milliarden Menschen gibt, die nicht Teil der formellen Ökonomie sind, die also nach Vorstellung der Vollbeschäftigungsprotagonisten auch alle noch einen Vollzeitwerbsarbeitsplatz bekommen sollen. Die wenigen lapidaren Sätze, die im Buch über das Problem des Wachstums und der Ökologie stehen, deuten nicht darauf hin, dass die Autoren dieses Problem auch nur andeutungsweise im Blick hätten. Nebenbei schreiben sie die aktuellen Verteilungsverhältnisse fest, wenn Lohnpolitik nicht dazu führen darf, aus der Substanz des kapitalistischen Eigentums in die Löhne umzuverteilen, wie sie es fordern.

Das Hauptargument des Buches bezüglich des Menschenbildes lautet, dass Menschen nur arbeiten, wenn sie dafür bezahlt oder dazu gezwungen werden.

Auf eine solche Idee kann nur ein weißer Mann deutlich nach der Mitte des 20. Jahrhunderts kommen. Nur für die war es eine Zeit lang so, dass sie mehr oder weniger alle für das, was sie taten, bezahlt wurden. Alle anderen Menschen wissen aus eigenem Erleben, dass tausenderlei Tätigkeiten getan werden, ohne dass die Tätigen dafür bezahlt würden und ohne dass es irgendeinen Zwang dabei gäbe, außer dass die Tätigkeiten notwendig sind und die Tätigen dies einsehen. Würde das Menschenbild der Autoren zutreffen, dann wäre die Menschheit längst ausgestorben. Die Bezahlung für Arbeiten ist historisch gesehen die absolute Ausnahme und auch heute noch finden die allermeisten Tätigkeiten unbezahlt statt, und zwar nicht nur in armen Ländern, sondern auch hierzulande, wo das statistische Bundesamt feststellte, dass etwa 60 Prozent der gesellschaftlich notwendigen Aufgaben außerhalb der Erwerbsarbeit erledigt werden.

Das ökonomische Hauptargument des Buches lautet, dass ein bge dazu führen würde, dass die Menschen tendenziell autarker wären, stärkere Elemente der Selbstversorgung übernehmen und damit die gesellschaftliche Arbeitsteilung reduzieren würden.

Es ist nicht ganz klar, wie die Autoren zu dieser Annahme kommen. Befragungen oder sonstige Untersuchungen dazu jedefalls zitieren sie nicht und wären mir auch nicht bekannt. Es gibt zwar sehr deutliche Aussagen vieler, dass sie ihre Arbeitszeit reduzieren würden oder auch ganz andere Aufgaben übernehmen möchten als diejenigen, für die sie aktuell bezahlt werden. Aber dass daraus zu schließen wäre, dass die Mehrheit der Menschen nebenbei lieber einen kleinen Bauernhof bewirtschaften würden als weiterhin die arbeitsteilig hergestellten Produkte zu konsumieren, ist so ohne Weiteres nicht nachvollziehbar. Oder drücken die Autoren hier eigene Sehnsüchte aus? Jedenfalls übersehen sie aktuelle technologische Entwicklungen, die etwa in Gestalt von 3-D-Druckern in ein paar Jahren breite Anwendung finden werden, mit denen fast alle Produkte des täglichen Bedarfs zuhause herstellbar sind. Zunehmende Autarkie scheint in der Tat ein gesellschaftliches Bedürfnis und ein ökonomischer Trend zu sein und ein bge würde ihn unterstützen, ohne dass dabei die gesellschaftliche Arbeitsteilung reduziert würde.

Insgesamt handelt es sich um einen Text, der systematisch an seinen selbstgestellten Asprüchen scheitert.